

persönliche Bedürfnisse ausgegeben, angeblich aus Sicherheitsgründen. Aber das ist so offensichtlich falsch, dass sogar seine eigene Partei Mühe hat, das zu rechtfertigen.

Wieso gewinnt der ANC dann immer noch Wahlen?

Der Übergang von der Apartheid zu einer Demokratie hat dem ANC sehr geholfen. Man unterstützt Afrikanismus und schwarze Führer. Der ANC repräsentiert das und hat die Geschichte dazu. Auch hat der ANC nicht nur schlechte Dinge gemacht. Viele Häuser sind gebaut worden – zugegebenermassen nicht genug –, die Wirtschaft wächst, und jedes Jahr kommen 13 Millionen Touristen. 1994 waren es bloss 800 000. Durch die 13 Millionen kommen gewaltige Geldsummen ins Land und schaffen viele Jobs. Auch die Infrastruktur hat sich in einigen Bereichen verbessert. Es gibt jetzt Elektrizität in Dörfern, wo die Leute früher davon nur geträumt haben.

Gibt es auch überall Schulen?

Es gibt viele neue Schulen, auch in ländlichen Gebieten. Weiter sind die Pensionen erhöht worden, und es gibt Kinderzulagen und ein soziales Netz, das es vorher nicht gab. Das alles sind auch Gründe, wieso sich die Leute für den ANC entscheiden. Die Regierung müsste unglaublich repressiv sein, damit sie nicht mehr gewählt würde.

Geht heute jedes südafrikanische Kind zur Schule?

„
Unsere Produktivität ist weltweit eine der geringsten.“

Nein. Bildung ist eines der schmerzlichsten Themen im Land. Ja, es gibt brandneue Schulen, aber der Unterricht ist miserabel.

Und wieso – werden die Lehrer schlecht bezahlt?

(zögert) Ich bin ein Zeuge. Es gibt einen Mangel an Disziplin. Viele Lehrer streben nach Reichtum, sie haben zwei Jobs. Ihr Teilzeitjob ist der Unterricht, ihr richtiger Job irgendein Geschäft. Viel zu viele bewegen sich in diese Richtung, nicht nur Lehrer, auch Angestellte, Arbeiter. Es ist wie eine Krankheit und erklärt, wieso Südafrika in einer schwierigen Situation ist. Heute sind wir viel stärker von ausländischen Arbeitskräften abhängig als früher. Sie können fragen, wen Sie wollen, alle werden Ihnen sagen, dass sie lieber einen Arbeiter aus Zimbabwe anstellen als einen Südafrikaner. Wir haben jetzt über drei Millionen ausländische Arbeitskräfte im Land.

Das heisst, die Arbeitsdisziplin der Zimbabweer ist besser?

Das scheint die generelle Überzeugung und Erfahrung zu sein. Der Grund dafür ist, dass Zimbabwe aus einer schwierigen Situation kommen. Das heisst nicht, dass sie sich nicht auch einmal ändern...

... zum Beispiel, wenn Mugabe in Zimbabwe weg ist.

Sogar unserer Regierung ist bewusst, dass wir ein grosses Problem haben. Unsere Produktivität ist weltweit eine der geringsten. In Kapstadt fand kürzlich eine internationale Bergbaukonferenz mit 8000 Delegierten statt. Ich war zufällig dort und habe mich mit diesen Bergbauleuten unterhalten. Alle sagten mir, sie seien fürs Networking hier, nicht, um Möglichkeiten für Investitionen in Südafrika auszuloten, sie würden sich anderen afrikanischen Ländern zuwenden.

Das ist kein gutes Zeichen für Südafrika.

Nein. Aber in unserer Bergbauindustrie geschehen auch verrückte Dinge. Die Gewerkschaften sind zersplittert, auch sie haben sich als korrupt erwiesen, und es gibt interne Kämpfe. Am Schluss leiden die Arbeiter und die Industrie.

Kritik gibt es auch am Gesundheitssystem. Woran krankt es?

Da fehlt es vor allem an gutem Management. Nehmen sie nur das Beispiel Aids. Jahrelang ist abgestritten worden, dass Aids ein Problem sei.

Da war doch auch Präsident Zuma beteiligt...

...die Hauptschuldigen waren sein Vorgänger Mbeki und dessen Gesundheitsminister. Sie haben gesagt, es sei eine Krankheit des weissen Mannes, es gebe natürliche Methoden, um mit diesem Problem fertigzuwerden. Es war eines der fundamentalen Probleme, dass es nach dem Ende der Apartheid eine Tendenz gab, Weisse im Management und in der Verwaltung zu entlassen und dafür politisch loyale Leute zu holen. Diese Klientelwirtschaft zog Korruption nach sich. Aber selbst Leute, die als korrupt entlarvt worden waren, wurden oft nicht entlassen. Klientelwirtschaft und Korruption haben viel kaputt gemacht.

Sehen Sie irgendetwas, was gegen die grassierende Korruption unternommen werden kann?

Erinnern Sie sich an das Stück «Warten auf Godot»? Wir sind genau in dieser Situation. Es gibt die Gruppe Concerned Citizens Forum, bei dem ich auch mitmache. Bei einem Treffen haben wir alten Grauköpfe uns alle angeschaut und plötzlich realisiert, dass unsere Jugend in eine Wirklichkeit hineingewachsen ist, in der korruptes Verhalten zur Norm geworden ist: Wenn unser Präsident das vorlebt, dann muss es okay sein.

Dann können sich alle so verhalten.

Ja. Wir haben realisiert, dass wir als Concerned Citizens zusammen mit den Kirchen und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft wieder ganz von vorne beginnen müssen. Ich selber habe mich in Kapstadt mit Poo-Protesters getroffen, die mit Fäkalien um sich geworfen haben. Sie sagten mir, «Professor» – ich bin kein Professor, aber sie nannten mich so, weil Bischof Tutu mich so genannt hat – «Professor, wie kommt es, dass Sie alle 20 Jahre lang geschlafen haben? Und nur, weil wir plötzlich mit unserem Protest in einer Art angefangen haben, die niemandem gefiel, sind jetzt plötzlich alle hellwach geworden und verurteilen, was wir getan haben.»

Ein harter Vorwurf. Stimmt er, haben Sie geschlafen?

Ja, ich konnte diesen Leuten nicht widersprechen. Ich sagte: «Ihr habt absolut recht, stimmt, wir haben 20 Jahre lang geschlafen.» Es gibt solche unter uns, die fanden, die neuen Machthaber waren unsere Genossen, wir waren zusammen mit ihnen im Kampf, wir haben ihnen vertraut, dass sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln. Eine Weile lang sah es auch so aus, wir wurden in einer falschen Sicherheit gewiegt. Plötzlich hat sich alles verändert. Wir müssen den Poo-Protesters danken, dass sie uns aufgeeckt haben. Jetzt geht es darum, gemeinsam ihre Rechte und die der einfachen Leute zurückzufordern.

Und wie soll das passieren?

Sehen Sie, während der Apartheid war es einfach, die Leute zu mobilisieren. Es gab ein gemeinsames Ziel, es gab viele Freiwillige, die Leute waren bereit, Opfer zu bringen, einige waren sogar bereit zu sterben. Jetzt sind wir mit Materialismus konfrontiert, es gibt eine wohlhabende Schicht, die sehr bequem lebt. Es gibt eine Jugend, die besser leben will, aber nicht daran interessiert ist, anderen zu helfen. Wenn man sie dazu bringt, etwas für andere zu tun, wollen sie wissen, wie man sie bezahlt. Es ist ein sehr schwieriges Klima. Die einzigen, die protestieren, sind die Leute, die leiden.

So, wie Sie das schildern, wird es schwierig, an diesen Zuständen etwas zu ändern.

Die gute Nachricht ist, dass es Gruppen gibt, die Concerned Citizens und andere, die wieder anfangen zu mobilisieren. Demonstranten haben den Slogan gebraucht, dass Südafrika zu einem neuen Ägypten werden könnte.

Eine Partei, die 20 Jahre an der Macht ist, tendiert zu Filz und Klientelwirtschaft. Hoffen Sie auf einen Regierungswechsel?

Die einzige Partei, die eine Aussenseiterchance hat, ist die Demokratische Allianz. Sie regiert die Provinz Westkap besser als der ANC die übrigen Provinzen.

Könnte die Allianz die Wahlen gewinnen?

Nein, vielleicht holt sie eine Mehrheit in einer oder zwei weiteren Provinzen, aber insgesamt gibt es immer noch diese schwarze Loyalität, vor allem in den unteren Schichten der Gesellschaft. So hat der ANC immer noch eine grosse Mehrheit, auch wenn es viele Proteste gegen den ANC geben wird. Sie werden sich gegen die Wahlkampagnen von Politikern in gewissen Quartieren richten, Politiker, die unerwünscht sind, solange sie sich nicht verpflichten, die Verhältnisse in diesen Quartieren zu verbessern.

Trotzdem, sagen Sie, sitzt der ANC fest im Sattel.

Das schon, aber in der Zwischenzeit gibt es auch innerhalb des ANC Anzeichen für eine Spaltung, was ich als hoffnungsvolles Zeichen sehe. Es gibt Leute wie den Gewerkschaftsführer Cyril Ramaphosa und andere, die langsam stärker werden und begonnen haben, aufzumucken. In einigen Kreisen des ANC heisst es auch, gebt Zuma seine vier Jahre und dann ist er weg, wir können es uns nicht leisten, interne Streitigkeiten auszutragen. Was auch Spannungen schafft, ist die Tatsache, dass Zuma seine Getreuen um sich scharf, und das sind Zulus.

Er bevorzugt also Leute seines Stammes.

Analysten sehen die Gefahr, dass der Tribalismus, die Konzentration von Zulus an der Macht, zu ernsthaften Konflikten führen könnte.

„
Der Rassismus, wie wir ihn kannten, kommt nicht zurück.“

Und dies, obwohl der Rassismus in Südafrika überwunden scheint.

Der Rassismus, wie wir ihn während der Apartheid kannten, kommt nicht zurück. Das ist das Positive am heutigen Südafrika. Der friedliche Übergang von der Apartheid zu einer neuen Demokratie war weitgehend dem Fakt geschuldet, dass eine breite Basis in der Zivilgesellschaft während Jahren dazu beitrug, den Graben zwischen Schwarz und Weiss zu verengen.

Da haben auch viele Weisse mitgeholfen.

Ja, auch Weisse waren stark im Kampf gegen die Apartheid engagiert. Heute ist es aber so, dass viele Leute schon fast vergessen haben, dass es einmal so etwas wie Apartheid gegeben hat. Ich war schockiert, als ich kürzlich zu Studenten sprach und feststellte, dass sie nichts von den Passgesetzen wussten, mit denen sich ihre Eltern noch hatten herumschlagen müssen. Manchmal ist das Gedächtnis erstaunlich kurz.

Rommel Roberts

Rommel Roberts, Jahrgang 1949, wurde in Durban geboren. Er wuchs in Mafeking, im Norden Südafrikas, auf, wo er als «Farbiger» (seine Mutter war als «indisch» klassifiziert) mit der Apartheid konfrontiert wurde. Nach dem Studium der Theologie engagierte er sich in der Gemeindearbeit in verschiedenen Townships und arbeitete u. a. auch als Entwicklungsbeauftragter mit dem späteren Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu zusammen. Roberts, dessen Tätigkeit von Kirchengemeinden rund um Bern unterstützt wurde, war einer der Organisatoren des gewaltfreien Widerstands gegen die Apartheid. Heute ist er Geschäftsführer des Hilltop Empowerment Centre in King William's Town im Osten Südafrikas, das die Entwicklung ländlicher Gebiete fördert. Über den Kampf gegen die Apartheid hat Roberts das Buch «Wie wir für die Freiheit kämpften. Von stillen Heldinnen und Helden in Südafrika» geschrieben. Am 2. April, 20 Uhr, findet in der Buchhandlung Thalia im Loeb in Bern eine Lesung mit Rommel Roberts statt. (bur)

Die gesammelten Samstaginterviews unter www.samstagsinterviews.derbund.ch

Diese Woche

Leitartikel Europas Rechten gefällt autoritäres Denken und darum auch Präsident Wladimir Putin.

Michael Soukup

Faszination Moskau

Diese Woche machten Meldungen die Runde, dass Russland an der ukrainischen Grenze weitere Truppen zusammenziehen würde. Westliche Geheimdienste berichteten von über 30 000 russischen Soldaten, darunter auch solche ohne Abzeichen. Bei der Krim-Annexion wurden sie der Öffentlichkeit als «Selbstverteidigungskräfte» der russischsprachigen Bewohner verkauft.

Und auch jetzt werden russische Regierungsmitglieder nicht müde, zu beteuern, dass keine Absicht besteht, ins Nachbarland einzumarschieren. Selbst wenn es nicht zum Einmarsch kommen sollte, ist Wladimir Putin mittlerweile ähnlich glaubwürdig wie seinerzeit Walter Ulbricht, der frühere DDR-Staatschef und Generalsekretär des Zentralkomitees der SED. Am 15. Juni 1961, also zwei Monate vor dem Bau der Berliner Mauer, sagte er gegenüber westlichen Journalisten: «Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!»

Die Mauer wurde von der DDR-Führung als «Antifaschistischer Schutzwall» bezeichnet. Die Propagandarethorik aus dem Kalten Krieg manifestiert sich heute in neuer Form: Ob das russische Staatsfernsehen Aufnahmen von Maidan-Demonstranten mit Hitler-Bildern überblendet oder vor der Krim-Abstimmung Plakate mit Hakenkreuzen auf dem Nato-Emblem aufgestellt werden – Russlands Medien waren voll von «Faschisten», die angeblich die russischsprachige Bevölkerung in der Ukraine und ja selbst Russland bedrohten.

Dazu passte der Auftritt von Oskar Freysinger in einem Kremlin-nahen Fernsehkanal. Er sagte dort: «Zwei von drei Beteiligten an diesem Putsch sind Nazis oder Faschisten.» Gleichzeitig forderte der Walliser SVP-Regierungs- und Nationalrat den Bundesrat auf, sich von Kiew zu distanzieren.

Natürlich gibt es mit dem grünen Nationalrat und Badener Stadtmann Geri Müller auch bei uns einen prominenten linken Russland-Versteher. Ihn wie auch die linken Putin-Versteher in Deutschland, etwa die Linke-Politikerin Sahra Wagenknecht, bewegt in erster Linie der Antiamerikanismus. Nicht ganz unähnlich gelagert sind die Beweggründe bei der «Weltwoche», die keinen Hehl aus ihrer Putin-Sympathie

macht: Der Feind meines Feindes ist mein Freund – der Hass auf die «sozialistische EudSSR» und die USA als Bankgeheimnistöterin – macht die rechtsbürgerlichen Schreiber zu Freunden Russlands.

Kronzeuge Freysinger?

Was aber die Rechten von den linken Putin-Verstehern wie etwa SPD-Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt unterscheidet, sind ihre Sympathien für die autoritäre Ideologie, die in Russland und anderen Ländern en vogue ist.

Erinnern wir uns daran, wie Bundesrat Ueli Maurer letztes Jahr als erstes westliches Staatsoberhaupt chinesische Panzertruppen besuchte und dabei erklärte, man könne längst einen Strich unter «diese Geschichte» ziehen. Mit «dieser Geschichte» meinte der SVP-Politiker die Niederschlagung der chinesischen Demokratiebewegung auf dem Tiananmen-Platz vor 25 Jahren.

Ein weiterer Grund für die Unterstützung Russlands scheint die Sehnsucht nach klaren Verhältnissen zu sein. Also nach einer Zeit, in der klare Fronten zwischen West und Ost bestanden, wie seinerzeit im Kalten Krieg. Damals war auch die Rolle der Schweiz als neutraler Staat klar definiert: «Mischt euch nicht in fremde Händel.» Mit dem Fall der Mauer hat auch Niklaus von Flües neutralitätspolitische Maxime an Gültigkeit verloren. Seither muss die Schweiz ständig nervenaufreibende Verhandlungen mit Brüssel führen und ihre neutrale Haltung immer wieder neu justieren.

Dass Freysinger bei sich zu Hause die deutsche Reichskriegsflagge hängen lässt und in der Vergangenheit wenig Berührungsängste gegenüber Rechtsausenparteien zeigte, macht ihn nicht gerade zum Kronzeugen des Antifaschismus, als den er sich im russischen Fernsehen in Szene zu setzen versuchte.

Bezeichnenderweise suchte die russische Regierung während der Krim-Krise gezielt die Nähe zu Europas Rechtsausenparteien. Um dem Krim-Referendum internationale Legitimität zu verschaffen, lud Moskau den französischen Front National (FN), die österreichische FPÖ, die italienische Lega Nord sowie die belgische Partei Vlaams Belang als Wahlbeobachter ein.

Orlando



www.orlando.derbund.ch